



T direkt 041 728 35 99  
marco.braschler@zg.ch  
Zug, 14. Mai 2018  
FD FDS 4.2 / 57.4 / 99169

**Erste Sitzung der ad-hoc Kommission betreffend «Finanzen 2019: Gesetzesänderungen» vom 4. Mai 2018**

**Antworten zu Abklärungsaufträgen Nr. 2, 4, 5, 6 und 8 (Nr. 3 vgl. separates Papier)**

**Abklärungsauftrag Nr. 2:**

*Interpellation von Vroni Straub-Müller betreffend wie weiter mit der allgemeinen Weiterbildung: Auswirkung der Massnahme 1730.08 «Abschaffung der Kommission Allgemeine Weiterbildung» auf die Beantwortung der Interpellation (kann Frage 4 der Interpellation schon jetzt beantwortet werden?)*

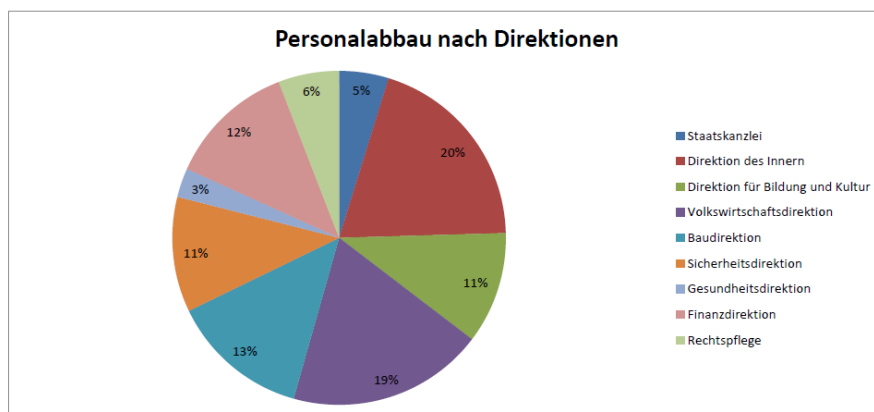
Formell kann die Beantwortung der Frage 4 der betreffenden Interpellation nicht vorweggenommen werden. Gleichwohl ist eine materielle Aussage möglich: Die Abschaffung betrifft tatsächlich nur die Kommission, was sich auch im geringen Entlastungsbeitrag (2500 Franken) zeigt.

**Abklärungsauftrag Nr. 4:**

*Übersicht des Personalabbaus in den jeweiligen Direktionen (Ergänzung der Übersicht auf S. 12 BuA)*

Direktion	2017	2018	2019	2020	2021	Gesamt
Staatskanzlei	0.0	0.1	2.1	0.0	0.0	2.2
Direktion des Innern	0.1	0.6	7.8	0.5	0.0	9.1
Direktion für Bildung und Kultur	0.0	0.3	0.7	2.0	2.0	5.0
Volkswirtschaftsdirektion	2.4	3.6	2.8	0.0	0.0	8.7
Baudirektion	3.5	0.4	2.3	0.0	0.0	6.2
Sicherheitsdirektion	1.2	3.3	0.5	0.2	0.0	5.1
Gesundheitsdirektion	0.0	0.0	0.5	0.0	0.8	1.3
Finanzdirektion	2.3	0.4	1.0	2.0	0.0	5.7
Rechtspflege	0.5	1.5	0.7	0.0	0.0	2.7
<b>Total</b>	<b>9.9</b>	<b>10.1</b>	<b>18.3</b>	<b>4.7</b>	<b>2.8</b>	<b>45.8</b>

Reduktion um 0.15 Personaleinheiten gegenüber Bericht und Antrag vom 6. März 2018 aufgrund RRB vom 27. März 2018



08.05.2018/SCFE  
FD FDS 4.2 / 57.3 / 98275

#### **Abklärungsauftrag Nr. 5:**

*Massnahme 3050.05 «Verrechnung von Beratungstätigkeit (Verwaltungsgebührentarif): Zusatz in § 4 Abs. 1 Ziff. 38 aufnehmen, wonach die Verrechnung nur für Bauprojekte gilt, pro Fall zu verstehen ist und Gemeinden davon nicht betroffen sind.*

Aus der Sicht der Baudirektion spricht nichts gegen die obgenannte Präzisierung, wonach die Rechnungsstellung nur für Bauprojekte gilt und pro Fall zu verstehen ist. Die Gemeinden sollen davon nicht betroffen sein. Die Regelung ist ohnehin darauf ausgelegt, dass Geschäfte mit normalem Aufwand, namentlich Auskünfte, Informationen und Beratungen von Baugesuchen nicht gebührenpflichtig werden. Erst der Aufwand von mehr als 10 Stunden soll in Rechnung gestellt werden. Demgegenüber soll der Aufwand bei aufwändigen Geschäften, die über das «normale» Mass hinausgehen (z.B. ökologische Begleitgruppen bei Deponien oder Kiesgruben, aufwändige Beratungen bei Umweltverträglichkeitsberichten etc.) entschädigt werden und zwar nur das 10 Stunden übersteigende Mass.

Neuer Vorschlag für die Formulierung von § 4 Abs. 1 Ziff. 38 (Änderungen rot markiert):  
Andere Verwaltungsentscheide, Bewilligungen, Genehmigungen, Kontrollen und Dienstleistungen aller Art: 55 bis ~~2500~~ 10 000, wobei ~~bei Dienstleistungen~~ nur bei Bauvorhaben Privater der 10 Stunden übersteigende Aufwand mit einem Stundenansatz von 150 Franken in Rechnung gestellt werden kann.

#### **Abklärungsauftrag Nr. 6:**

*Massnahme 3020.08/3581.02 «Ungedeckte Strassenkosten der Spezialfinanzierung Strassenbau belasten»:*

- *Wie werden die ungedeckten Strassenkosten berechnet?*

Die Baudirektion hat in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion bei der Zuger Polizei und beim Tiefbauamt Budgetanalysen zum Rechnungsjahr 2017 durchgeführt und dabei die wesentlichen ungedeckten Kosten aus den Bereichen Verkehr (ZUPO) und Strassenunterhalt (TBA) herauskristallisiert. Da es galt, vorerst nur einen groben Überblick zu verschaffen, sind die Auswertungen bei der Zuger Polizei und beim Tiefbauamt nicht vollkommen identisch erfolgt. Während die Zuger Polizei die Personalkosten bei ihren Analysen eingerechnet hat, verzichtete das Tiefbauamt darauf. Bei der Feuerwehr und beim RDZ sind die ungedeckten Kosten vergleichsweise gering. Sie wurden deshalb nur grob geschätzt. Sie sind so in die Zusammenstellung aufgenommen worden. Sie sind - im Gegensatz zu den Kosten der Zuger Polizei und jenen des Tiefbauamts – jedoch nicht ins Budget 2019 im Finanzplanjahr 2020 berücksichtigt worden.

- *Welcher Teiler wird bei der teilweisen Verrechnung angewendet?*

Der Kostenanteil von Zuger Polizei zum Tiefbauamt beträgt 3,525 / 8,241 Millionen Franken oder 30 / 70 Prozent. Die Reduktion der Kosten der Zuger Polizei ist auf Aufwendungen zurückzuführen, welche schon in anderen F19-Massnahmen enthalten sind.

- *Gebührenüberschuss Strassenverkehrsamt kommt wie zustande?*

Beim jeweils im Budget und in der Jahresrechnung ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den effektiven (Gebühren-)Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes. Dieser Betrag wird durch die internen Verrechnungen (Kosten- und Leistungsrechnung) nahezu konsumiert (vgl. Tabelle), was dem Leistungsauftrag (Deckungsgrad 100 Prozent) generell entspricht.

	2013	2014	2015	2016	2017
Aufwand inkl. interne Verrechnungen	8'751'852.29	9'265'529.84	8'997'110.58	9'015'453.05	9'206'864.38
Ertrag	8'563'508.04	8'796'312.57	9'503'878.80	9'663'454.69	9'838'544.90
<b>(-) Gewinn / ( ) Verlust</b>	<b>188'344.25</b>	<b>469'217.27</b>	<b>-506'768.22</b>	<b>-648'001.64</b>	<b>-631'680.52</b>
<b>Deckungsgrad in %</b>	<b>97.85</b>	<b>94.94</b>	<b>105.63</b>	<b>107.19</b>	<b>106.86</b>

Die aktuellen Gebührenüberschüsse resultieren in erster Linie aus Kostensenkungsmassnahmen des StVA aus den drei Sparprogrammen. Diese Mehreinnahmen sollen – wie die anderen Sparmassnahmen der Ämter und Direktionen auch – künftig in der Erfolgsrechnung gutgeschrieben werden können. Der Saldo und somit auch der Deckungsgrad unterliegt jedoch (auch künftig) diversen Einflüssen, so dass jährliche Schwankungen möglich sind:

- Auftragsschwankungen verursacht durch unterschiedliches Wachstum, Neuwagenverkäufen oder generell schwankender Nachfrage an Dienstleistungen
- Miet-/Nebenkosten gegenüber dem Hochbauamt → Veränderung im Aufwand
- Neueinstellung eines Verkehrsexperten mit hohem internen Ausbildungsaufwand oder evtl. Ausfall eines Verkehrsexperten infolge Krankheit → Minderertrag

- *3,5 Mio. Franken für Verkehrsüberwachung, Bussenadministration etc: Netto- oder Bruttowert?*

Zusammen mit dem Tiefbauamt wurden die Kosten für die Bereiche Verkehr (Zuger Polizei) und Strassenunterhalt (Tiefbauamt) auf der Basis des Budgets 2017 herausgearbeitet und 85 Prozent davon berücksichtigt. Die Massnahme 3020.08/3581.02 «Ungedeckte Strassenkosten der Spezialfinanzierung Strassenbau belasten» geht von einem Kostenteiler von 30 Prozent Zupo / 70 Prozent TBA (3,525 / 8,241 Millionen Franken) aus.

Beim Betrag der Zuger Polizei handelt es sich um den Nettowert.

**Abklärungsauftrag Nr. 8:**

*Massnahme 5065.03 «Mitarbeitendenbeteiligungen: Quellensteuern auf ausländische Staaten abwälzen»: Ausführungen, weshalb Betrag dieser Massnahme viel tiefer als derjenige der Massnahme 5065.01 «Verwaltungsratsmitglieder: Quellensteuern auf ausländische Staaten abwälzen»*

<b>Massnahme</b>	<b>2020</b> (erstmals)	<b>2021</b> (erstmals)	<b>Total</b> (kumuliert und jährlich wiederkehrend)
5065.01 Quellensteuer auf VR-Honoraren	1'500'000	400'000	1'900'000
5065.03 Quellensteuer auf Mitarbeiterbeteiligungen	180'000	50'000	230'000

Bei beiden Steuerarten ist eine Anhebung des kantonalen Steuersatzes von heute 15 Prozent auf 20 Prozent vorgesehen. Dies entspricht einer Anhebung um jeweils einen Drittel.

Das Volumen der mit der Steuerverwaltung abgerechneten Quellensteuern für ins Ausland fliessende VR-Honorare («Steuersubstrat») ist deutlich höher und regelmässiger als jenes für Mitarbeitendenbeteiligungen. Daher wirkt sich die prozentuale Anhebung um einen Drittel bei den VR-Honoraren deutlich stärker aus als bei den Mitarbeitendenbeteiligungen, welche in geringerem Masse und eher unregelmässig realisiert werden.

Die konkreten Zahlen wurden von der Steuerverwaltung aufgrund von Hochrechnungen mehrjähriger Erfahrungswerte ermittelt. Bei den VR-Honoraren beträgt die Ausgangsgrösse rund 5,7 Millionen Franken pro Jahr, die Erhöhung um einen Drittel macht somit rund 1,9 Millionen Franken aus. Bei den Mitarbeitendenbeteiligungen beträgt die Ausgangsgrösse rund 0,7 Millionen Franken, die Erhöhung um einen Drittel macht somit rund 0,23 Millionen aus. Die zeitliche Staffelung ergibt sich daraus, dass die Unternehmen/Arbeitgebenden die Quellensteuern für im letzten Quartal eines Jahres ausgerichtete Leistungen typischerweise erst im Folgejahr an die Steuerverwaltung melden und abrechnen.